



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln**

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 10.02.2010

**AN/0264/2010**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	

**Antrag auf unverzügliche Einberufung des Rates nach § 47 GO NRW**

**Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln verlangt hiermit die unverzügliche Einberufung des Rates der Stadt Köln gemäß § 47 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Gegenstand der Beratung soll der nachfolgende Antrag der Fraktion pro Köln „Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße“ sein. Wir erbitten eine Mitteilung über den von Ihnen festgesetzten Termin bis Freitag, den 19.02.2010.

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Tunnellösung für den zukünftigen Verkehrsknotenpunkt Stadtbahn/Rheinuferstraße an der Kölner Südbrücke zu erarbeiten. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Land Nordrhein-Westfalen Einvernehmlichkeit darüber herzustellen, dass eine Tunnellösung realisiert werden kann.

Zur Begründung:

Die so genannte Nord-Süd-Stadtbahn, die vom Kölner Dom/Hbf bis in den Stadtbezirk Rodenkirchen unterirdisch geführt wird, muss bei der Querung über die vierspurige Schnellstraße am Rheinufer so gestaltet werden, dass es zu keinem Verkehrsinfarkt auf der Rheinuferstraße kommt. Denkbar wären, eine Verlängerung des U-Bahntunnels sowie ein Autotunnel unterhalb des Gleiskörpers. Es ist bedauerlich und erschreckend und kommt einem Schildbürgerstreich gleich, dass dieser verkehrspolitische Brennpunkt bisher bei den

Planungen unberücksichtigt blieb. Ein neu entstandenes Zeitfenster durch die Verzögerung bei dem Bau der U-Bahn ermöglicht es der Kölner Kommunalpolitik nun, hier durch eine mutige und konsequente Entscheidung korrigierend einzugreifen. Aus Sicht der Fraktion pro Köln darf diese Gelegenheit nicht ungenutzt bleiben.

Wir fordern von allen politischen Parteien im Stadtrat gemeinsam mit uns, hier für eine gute Lösung zum Wohle des Kölner Bürgers zu arbeiten. Wir halten es für selbstverständlich, dass in dieser Angelegenheit der Kölner Oberbürgermeister bei seinem Bemühen, die erforderlichen Geldmittel bei der Landesregierung zu akquirieren, vom gesamten Stadtrat unterstützt wird. Mit großem Schrecken musste die Fraktion pro Köln miterleben, dass dieses Thema in mehreren Ratssitzungen ausgiebig diskutiert und auch zerredet wurde. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass hier einige Ratspolitiker aus parteitaktischen Gründen (Landtagswahl im Mai 2010) das Wohl des Kölner Bürgers aus dem Auge verloren haben. Das gegenseitige Auspielen zwischen Ministerpräsident (CDU) und Oberbürgermeister (SPD/Grüne), hat der Stadt Köln schweren Schaden zugefügt. Damit muss jetzt Schluss sein. Wir fordern, dass der Stadtrat hier gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die notwendige Finanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen sicherstellt.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Markus Wiener, M.A.  
- Fraktionsgeschäftsführer -

Jörg Uckermann  
- Stadtrat -